Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.80, durch die Post M. 2.75. - Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8-3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klepperg. 6, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaus an.
Hermannstraße Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang.
Aufl. 48,500 Stück

Dresden, 1890.

Liebe's Pepsinwein (Verdauungsessenz),
Tafelgetränk bei Störung der Verdauung, Mangel an Appetit, Magen-Katarrh, -Schwäche und -Verschleimung, langjährig bewährt. 1/1 u. 1/2 Fl. à Mk. 1.50 u. 2.50 in jeder Apotheke.
Fabrik: J. Paul Liebe-Dresden, Schäferstrasse 25.

Julius Bentler
Dresden
7 Wallstraße 7
empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen
und
Herde,
Haus-, Küchen- u. Landwirthschafts-Geräthe.

Erste und grösste
Masken- u. Theatergarderobe
Max Jacobi, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage.
Dominos in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Bay-Rum,
wirkt erfrischend auf die Kopfhaut, befördert den Haarwuchs, beseitigt die lästigen Kopfschuppen. **Flasche 1 M. u. 1,50.**
Prompter Versandt nach auswärts.
Kgl. Hof-Apotheke, Dresden, Georgenthor.

Braut- u. Kinder-Ausstattungen,
nur eigenes Fabrikat in anerkannt **bester** Ausführung. Sämmtliche Stoffe zum Selbst-Anfertigen zu billigsten Preisen.
— Preisbücher franco. —
G. D. Blass, Wäschefabrik u. Ausstattungs-Geschäft, Marienstr. 9 u. Portikus. Telephon 1382.

Christofle-Bestecke, weltbekannt solidestes Fabrikat zu Fabrikpreisen. **Einziges Depôt Hofl. Rob. Hoffmann,** See-Strasse, gegenüber Victoria-Hotel.

Nr. 59. Spiegel: Sozialdemokratische Wahlen und europäische Kriegspartei, Bismarck, Dauer der Arbeitszeit. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Landtagsessen, Wahlergebnisse, Impfgegner. Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Vincentius-Concert, Kgl. Conservatorium. | **Freitag, 28. Februar.**

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich zu 77 Kreuzer (ausschließlich Aufgeld) angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten"
Marienstraße 38.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Herzog in Dresden.

Die allerübelste Folge der Wahlsiege der Sozialdemokraten und der Freisinnigen ist die Wirkung auf das Ausland. Schon jetzt sind die Hoffnungen der europäischen Kriegspartei gehoben. So schreibt Herr v. Cassagnac in der „Autorité":

„In Deutschland hat die Aera der Revolution begonnen. England hat seine zwei Revolutionen gehabt, 1649 und 1689; Frankreich 1789 und 1793; Deutschland, nach dem ersten und kurzen Rummel von 1848, war in seinen trägen Schlaf zurückgefallen. Das Erwachen ist furchtbar; ein düsterer Schein flammt am Horizont des mächtigen Reiches auf. Der Koloß mit den thönernen Füßen erbebt in seinem Fundamente, und endlich können wir auf eine Revanche und Genugthuung für unseren nationalen Haß hoffen!"

Abgesehen von den handgreiflichen Uebertreibungen dieser Darstellung (wie dem „Erbeben", wovon hierzulande Nichts zu spüren), so leuchtet doch aus ihr hervor, in welchen Hoffnungen sich die europäische Kriegspartei wiegt. Wie ungestüm wird sie sich erst geberden, sobald bei den Stichwahlen die Sozialdemokraten, Welfen, Polen und Deutschfreisinnigen weitere Erfolge errungen haben würden! Das vergegenwärtige sich jeder Vaterlandsfreund, der heute, morgen oder in den nächsten Tagen zur Stichwahl geht. Ermuthigt nicht die Hoffnungen Derer, die nur darauf lauern, Deutschlands Einheit wieder zu zerschlagen! Selbst zu schwach, das Deutsche Reich von außen anzufallen, wenn es einig ist, rechnen sie nunmehr auf seine Uneinigkeit. Ein zerrissener Reichstag, der Tummelplatz wilder Parteikämpfe, erscheint unseren Todfeinden als die Vorbedingung für die Demüthigung des Deutschen Reichs. Darum ist es von äußerstem Werthe, daß die Reihen der Sozialdemokraten und Freisinnigen keine Verstärkung bei den Stichwahlen erfahren. Die Wahl der Herren Seebold in Zittau, Hofmann in Löbau, Grumbt in Pirna, Götz in Leipzig, Holtzmann in Annaberg, Kurtz in Reichenbach und Hartmann in Plauen muß der Spekulation der Franzosen auf Schwächung des Deutschen Reiches einen Riegel vorschieben. Die Sprache der Franzosen ist von erschreckender Deutlichkeit. Sie ist aber geeignet, jedem Wähler die Augen zu öffnen. Gerade die Arbeiter haben es in der Hand, den Frieden zu sichern, indem sie den genannten Abgeordneten bei den Stichwahlen ihre Stimmen zuwenden. Denn ohne die Gewißheit des Friedens läßt sich ein Unternehmen, wie der Arbeiterschutz, nicht mit Sicherheit durchführen.

Darauf kommt es aber vor Allem an. Wie aber stellt sich denn Fürst Bismarck dazu? Durch die Presse läuft wieder eine Meldung, er trage sich mit Rücktrittsgedanken. Vorläufig jedoch sei die „ventilirte" Entscheidung über den Austritt des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium „ajournirt" worden. So zu lesen in einer Hamburger Zeitung, die von Berlin aus häufig zu halbamtlichen Mittheilungen benutzt wird. Ajournirt und ventilirt sind Ausdrücke, wie sie mehr einem viel Französisch sprechenden Diplomaten, als dem gewöhnlichen Zeitungsschreiber und -Leser geläufig sind. Sie deuten auf den Urheber der betr. Mittheilung des Hamburger Blattes hin. Ipse fecit, d. h. das kam von der Hand des Fürsten Bismarck selbst. Zurückgetreten vom Posten des Handelsministers, trug er sich mit dem Gedanken (ventilirte ihn), auch sein Amt als Präsident des preußischen Ministeriums niederzulegen und sich einzig auf die Reichskanzlerschaft zu beschränken. Der Ausfall der Wahlen hat ihn jedoch bestimmt, die Entscheidung vorläufig zu ajourniren, d. h. zu vertagen. Erst nach den Stichwahlen wird Fürst Bismarck seine Entscheidung treffen, wieweit er noch seine Kräfte dem Deutschen Reich widmet. Unbedingt darf man annehmen, daß die Leitung der auswärtigen Politik des Reichs nachwievor seinen bewährten Händen anvertraut bleiben wird. Selbst die Freisinnigen haben die auswärtige Politik Bismarck's oft bewundert und auch die Sozialdemokraten geben zu, daß sie frei von Ausstellungen ist. Ist doch die Erhaltung des Friedens das unsterbliche Verdienst des Reichskanzlers! Sollte aber Fürst Bismarck sich auf die auswärtige Politik allein beschränken und die inneren Angelegenheiten anderen Männern überlassen, so erblicken wir darin nur den Ausweg aus der gründlich verfahrenen inneren Lage, in welche das Reich allmählich gerathen ist. Die kaiserlichen Erlasse über den Arbeiterschutz entbehrten, wie man sich erinnert, der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Das deutete auf eine nicht völlige Uebereinstimmung des Kanzlers mit den kaiserlichen Absichten hin. Diese Muthmaßung wurde verstärkt durch die Wahrnehmung, daß das Sprachrohr Bismarck's, die „Norddeutsche", seit den Erlassen des Kaisers noch keine einzige Zeile gebracht hat, um das Volk über die wahren Absichten des weltgeschichtlichen Schritts unseres Kaisers aufzuklären. Wäre dies geschehen, so hätte man bei den Wahlen die Massen des Volks unter dem kaiserlichen Banner sammeln können. Mag daher Fürst Bismarck seine Entschließung darüber, wie weit er noch ferner an den Reichsgeschäften Antheil nimmt, fassen, wenn die Stichwahlen vorüber sind — so, wie jetzt im Reiche regiert worden ist, kann es nicht weitergehen. Sonst wächst die sozialdemokratische Fluth immer mehr an. Die wahrhaft staatserhaltenden Kräfte der Nation erwartet im Reichstage eine verantwortungsvolle Aufgabe. Es muß aus dem Schooße des Reichstags eine neue Partei erstehen, die im Bunde mit der Monarchie und auf dem Boden der gegebenen Erwerbsverhältnisse mit unerschrockener Energie die volksthümlichen Reformen unseres Arbeiterkaisers verwirklicht — gegen die Freisinnigen, welche im Grunde des Herzens Feinde des Arbeiterschutzes sind, und auch gegen die Sozialdemokratie, die auf ganz andere Dinge ausgeht, als auf bloßen Arbeiterschutz. Die neue soziale Reformpartei muß durch Thaten dem Volke beweisen, daß im Bunde mit der Monarchie sich eine nachhaltige Besserung der Lebensführung der wirthschaftlich Schwachen durchführen läßt. Nur so bleiben wir vor schweren Stürmen bewahrt.

Deutschland kann betreffs der Dauer der Arbeitszeit selbstständig vorgehen und braucht nicht auf internationale Abmachungen darüber zu warten. England hat es nämlich hintertrieben, daß die internationale Arbeiterschutz-Konferenz, die im Mai zu Berlin zusammentreten wird, sich mit der Frage der Länge der Arbeitszeit befaßt. Wäre diese Frage nicht ausgeschlossen worden, so würde sich England überhaupt nicht an der Konferenz betheiligt haben. In England besteht ein gesetzlicher zehnstündiger Arbeitstag nur für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren, die sog. geschützten Personen. Die Dauer der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter unterliegt der freien Vereinbarung. In diesen Verhältnissen will sich England nicht stören lassen. Frankreich und Oesterreich haben gesetzlich den Arbeitstag für alle Arbeiter ohne Unterschied auf höchstens 11 bezw. 12 Stunden festgestellt, die Schweiz auf 11 Stunden. Die deutsche Gewerbeordnung kennt keinerlei Bestimmung über die Länge der Arbeitszeit. Daß aber eine Maximalgrenze vorzuschreiben ist, darüber herrscht allseitige Uebereinstimmung. Eine vernünftige Beschränkung der Arbeitszeit kommt der Qualität der Arbeit zu Gute und mindert ihre Quantität nicht; sie trägt aber mehr als alles Andere zur Erhaltung der Lebenskraft des Arbeiters bei. So liegt sie im Interesse der Arbeitgeber wie der Arbeiter selbst. Eine für alle Betriebe unterschiedslos gleiche Länge der Arbeitszeit ist nicht angezeigt; in den Streiks der verschiedenen Industrieen hat sich ergeben, daß ein Theil der Industrieen eine 10stündige Arbeitszeit anstrebt, der andere Theil aber sehr zufrieden wäre, wenn er nur die 11stündige erhielte. Daß etliche Betriebe, z. B. der Bergbau, eine noch kürzere Arbeitszeit, die 8stündige Schicht, nöthig haben, ist bekannt, kommt aber bei der Regelung der Arbeitszeit in den anderen Betrieben nicht in Betracht. Käme Deutschland dazu, die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 10, höchstens 11 Stunden für alle Gewerbszweige einzuführen, so wäre damit schon sehr viel Gutes erzielt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 27. Februar.

Berlin. Der Kaiser präsidirte heute der 2. Abtheilungssitzung des Staatsrathes. Abends beging das Kaiserpaar seinen Vermählungstag durch ein größeres Familiendiner. — Der Prinz von Wales reist am 17. März von London nach Berlin ab. — Der Reichskommissar Wißmann erhielt vom Sultan von Sansibar die 2. Stufe der 1. Klasse des Ordens der „strahlende Stern". — Die Hamburger Nachrichten halten ihre Nachricht, daß auch der Rücktritt des Fürsten Bismarck als Reichskanzler beabsichtigt gewesen ist, und daß dieser Rücktritt ebenso wie der Rücktritt von der Leitung des preußischen Staatsministeriums mit Rücksicht auf den Wahlausfall unterblieben ist, in vollem Umfange aufrecht. — Der neue Bischof von Münster, Dr. Dingenstad, wurde von der dortigen katholischen theologischen Fakultät zum Ehrendoktor ernannt. — Der Reichstagsabgeordnete Domkapitular Dr. Moufang in Mainz ist gestorben. — Der Zusammentritt der Berliner Konferenz für die Arbeiterfrage soll am 15. März erfolgen. — Beim 60. Stiftungsfest des Vereins zur Förderung des Gewerbefleißes hielt der neue Handelsminister Frhr. v. Berlepsch eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Mancherlei neue Erscheinungen mahnten daran, wohl zu überlegen, was geschehen solle, um dem wirthschaftlich schwachen Theil der Nation alles das, aber auch nur das zu gewähren, was vereinbar sei mit der Sicherheit der Existenz und dem Gedeihen der vaterländischen Industrie, damit nicht abgesägt werde der Ast, auf dem Alle sitzen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus berieth heute mehrere kleine Vorlagen. Zum Schluß stellte sich Beschlußunfähigkeit heraus. Dr. Windthorst entschuldigte dieselbe mit den Stichwahlen zum Reichstage. Mit Rücksicht auf dieselben wurde auch die nächste Sitzung erst für Montag angesetzt. — Die wegen Mangels eines Passes aus Berlin ausgewiesenen beiden sozialistischen Führer aus Belgien und Holland sind wieder hierher zurückgekehrt, nachdem sie von ihren Gesandten mit Pässen versehen worden sind. — Vom großen Generalstabe wird die Herausgabe eines Werkes über die Kriege Friedrichs des Großen vorbereitet.

Berlin. Der „Reichs-Anzeiger" bringt tabellarische Zusammenstellungen über die Wahlergebnisse. Darnach beträgt der bisherige Netto-Verlust der Nationalliberalen 17, der Reichspartei 6 und der Elsässer 4 Mandate. Der Netto-Gewinn der Sozialdemokraten 12, der Deutschfreisinnigen 10, der Volkspartei 2 und der Konservativen, des Centrums und der Polen je 1 Mandat. Ueberhaupt gewählt sind bis jetzt: 90 Mitglieder des Centrums, 56 Konservative, 21 Deutschfreisinnige, 20 Sozialdemokraten, 17 Nationalliberale, 16 Reichsparteiler, 14 Polen, 10 Elsässer, 2 Volksparteiler, 2 Welfen und 1 Däne. An Stichwahlen betheiligt sind: Konservative in 34, Reichspartei in 20, Centrum in 22, Polen in 5, Nationalliberale in 76, Freisinnige in 63, Volksparteiler in 10, Sozialdemokraten in 57 und Welfen in 9 Wahlkreisen. — Die „Nordd." schreibt: Nichts wäre verkehrter als wenn man aus der Thatsache, daß die Cartellparteien nicht mehr die absolute Mehrheit im Reichstage hätten, den Schluß ziehen wollte, daß damit die nationale deutsche Politik des inneren Ausbaues des Reiches auf verfassungsmäßiger Grundlage irgend eine Aenderung erleiden würde. Nur ein im engsten Fraktionsgeiste Befangener kann von einem Zusammenbruche des Kartells sprechen, da der leitende Gedanke desselben, wie jetzt namentlich bei den Stichwahlen deutlich zu erkennen ist, fast alle bürgerlichen Parteien beherrscht.

Lemberg. Der Reichstagsabgeordnete Hauskner ist vergangene Nacht gestorben.

Paris. Spuller hat dem deutschen Botschafter die Theilnahme Frankreichs an der Berliner Konferenz angezeigt. Es heißt, die Regierung wolle außer National-Oekonomen auch einen Arbeiter zur Konferenz entsenden. Die Boulangisten protestiren gegen die Betheiligung Frankreichs an der Konferenz. Laur interpellirte heute deshalb in der Kammer. — Das der Kammer zugegangene Budget für 1891 beziffert die Ausgaben auf 3240 Millionen.

Rom. 19 Generale und viele höhere Offiziere sind hohen Alters wegen angewiesen worden, ihre Pensionirung nachzusuchen.

London. Für Anfang März sollen bereits 430,000 Kohlenarbeiter die Arbeit gekündigt haben.

Petersburg. Der deutsche Militärbevollmächtigte Oberst Villaume ist an einer Darmentzündung erkrankt. Er soll sich dieselbe bei Hantel-Uebungen zugezogen haben.

Berliner Börse. Die günstige Bilanz der österreichischen Creditanstalt veranlaßte eine Befestigung der Tendenz. Es standen indeß ungünstige politische Gerüchte und Engagementsverhältnisse besonders der kleinen Spekulationen entgegen, was eine abwartende Haltung veranlaßte. Banken durchweg höher auch deutsche Bahnen besser, österreichische gut behauptet, Bergwerke vorwiegend höher, gaben aber später etwas nach, fremde Renten meist etwas besser. Im Späterverkehre machte die Befestigung infolge umfangreicher Käufe hiesiger Firmen weitere Fortschritte. Von Banken stiegen besonders Kreditaktien, Kommanditantheile und Dresdner rasch. Von Eisenbahnen gingen französische in großen Umsätzen auf Wiener Käufe um. Fremde Fonds durchweg höher, Bergwerke weniger beachtet. Im Kassaverkehr fast durchweg feste Tendenz. Dresdner Bank gewannen 3 Proz., deutsche Fonds und österreichische Prioritäten still. Privatdiskont 3 3/4 Prozent. Nachbörse ziemlich fest. — Wetter: Theilweis aufgeklärt, kalt, West-Nord-West-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 271,75. Staatsb. 181,40. Lomb. 115,00. Galizier 167,75. Egypter 95,30. Ung. Ung. Goldr. 88,75. Disconto 231,50. Dresdn. Bk. 165,00. Laura 157,20. Gelsenk. —,—. Schwach.

Wien. (Abends.) Credit 321,50. Staatsbahn 225,25. Lombarden 135,00. Nordwest 204,00. Marknoten 58,325. Ung. Credit 355,00.

Paris. (Schluß.) Rente 83,35. Anleihe 105,45. Italiener 93,45. Staatsbahn 480,00. Lombarden 303,75. do. Prioritäten —. Spanier 73 3/4. Egypter 478,43. Ottomanen 556,25. Rio-Tinto 623,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 24,80, per Mai-August 24,40, behauptet. Spiritus per Februar 36,00, per Mai-August 37,70, behauptet. Rüböl per September-December 74,25.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 198, per Mai 201. Roggen per März 144, per Mai 144.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König begab sich vorgestern mit mehreren Cavalieren zur Jagd auf Fischhauser Revier. Die Tafel fand in der Königl. Villa zu Strehlen statt. Gestern Vormittag nahm Se. Majestät der König im Schloß die Vorträge der Herren Staatsminister, Abtheilungsdirektoren und des Geh. Rath Bär entgegen.

— Ihre Königl. Hoheiten die Prinzen Johann Georg und Max, die in Begleitung ihres militärischen Erziehers, Rittmeisters v. Reitzenstein, seit Sonnabend im Gasthof „zur Stadt Paris" in Straßburg weilten, folgten am Sonnabend Abend einer Einladung des Kommandeurs des sächsischen Infanterie-Regiments Nr. 105, Oberst v. Siehart, zum Mahle. Am Morgen des 23. Febr. brachte die Kapelle des bezeichneten Regiments den beiden Prinzen eine Morgenmusik. Um 9 Uhr begaben sich die Prinzen in das Münster, wo sie dem Hochamte beiwohnten und die Predigt hörten. Gegen 1 Uhr fand dann das von den Prinzen veranstaltete große Mittagsmahl statt. Um 4 Uhr 57 Minuten Nachmittags fuhren die Prinzen nach Freiburg i. B. zurück.

— Dem Kriminalkommissar Gustav **Kneschke** in Leipzig wurde der Titel „Kriminalrath" verliehen.

— **Landtag.** Die **zweite Kammer** beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der Erledigung von Gesetzentwürfen. Abg. v. Bosse referirte zunächst über den Gesetzentwurf betreffend die Pensionsberechtigung der berufsmäßigen Gemeindebeamten in den Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleine Städte, sowie in den Landgemeinden. Abg. Dr. Schill spricht seine Genugthuung über die Vorlage aus und erklärt sein Einverständniß sowohl mit den Vorschlägen der Regierung, wie mit denen der Deputation. In ähnlicher Weise äußern sich auch die Abgg. Berger, Ackermann und Streit. Nach kurzer Debatte wurde der Entwurf mit den wenigen, von der Deputation vorgeschlagenen Abänderungen einstimmig angenommen und dadurch die von 33 Bürgermeistern und 42 Gemeindevorständen eingegangene Petition für erledigt erklärt. Abg. Preibisch berichtet als Referent der Minorität über den Gesetzentwurf wegen Abänderung mehrerer Bestimmungen der Armenordnung für das Königreich Sachsen vom 22. Oktober 1840. Die Deputationsmehrheit (Vorsitzender Ackermann, v. Bosse, Bretschneider, Oehmig und Speck) beantragt zum ersten Abschnitt des Entwurfs die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage, wonach also Abgaben von Erbschaften, Vermächtnissen, Schenkungen und anderen Erwerbungen auf den Todesfall künftig nicht mehr erhoben werden dürfen. Die Deputationsminderheit (Dr. Minckwitz, Preibisch, Rößner, Streit, Wehner) dagegen beantragt die Streichung dieses Abschnittes, sowie eventuell die Staatsregierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, unter welchen Bedingungen und Beschränkungen den Ortsarmenverbänden ferner nachzulassen sein würde, auf Grund ortsstatutarischer Bestimmung unter Anlehnung an die staatliche Erbschaftssteuer eine Erbschaftsabgabe zur Ortsarmenkasse zu erheben und den Entwurf eines entsprechenden Gesetzes der Ständeversammlung spätestens auf dem nächsten ordentlichen Landtage vorzulegen. Der Referent der Majorität Abg. v. Bosse führt alle die Gründe an, welche gegen die Erhebung der Erbschaftssteuer sprechen. Es sei nicht zu rechtfertigen, wenn ein und derselbe Gegenstand einer doppelten indirekten Besteuerung unterworfen wird, ja hier liege sogar eine dreifache Besteuerung vor, insoweit als es sich um die Heranziehung des Grundbesitzes handelt. Bei Aufrechterhaltung der kommunalen Erbschaftsbesteuerung fürchte er, daß die Stadt- bez. Landgemeinden vieler Vermächtnisse wohlgesinnter reicher Mitbürger in der Zukunft verlustig gehen könnten. Er bitte, der Regierungsvorlage zuzustimmen und den Antrag der Minorität abzulehnen. Die Abgg. Kockel, Dr. Minckwitz, Streit und Kirbach treten für das Minoritätsvotum, also zu Gunsten der bisherigen kommunalen Erbschaftsbesteuerung ein, die Abgg. Speck und Ackermann für das Majoritätsvotum, d. i. Aufhebung jener Steuer. Staatsminister v. Nostitz-Wallwitz erklärte, daß die Abgabe, wie sie bisher bestanden, nicht mehr fortbestehen dürfe, da sie unbillig und ungerecht sei. Gegen eine allgemeine Erbschaftsabgabe habe er nichts einzuwenden. Abg. Dr. Schill beantragte, die Angelegenheit zur nochmaligen Berathung an die Deputation zurück zu verweisen. Nachdem dies vom Minister v. Nostitz-Wallwitz für unnöthig bezeichnet worden, da die Sache doch ganz klar liege, zog Abg. Dr. Schill diesen Antrag wieder zurück. Der Antrag der Minderheit wurde sodann, soweit er gegen die Aufhebung der Abgaben gerichtet, abgelehnt, im Uebrigen angenommen, hierauf aber der Majoritätsantrag und mithin die Regierungsvorlage zum Beschluß erhoben.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Jungnerstr. 41 42). Butter täglich 3 Mal frisch.